

# Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die Königl. Amtshauptmannschaft zu Meißen, das Königl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff.

45. Jahrgang.

Erscheint wöchentlich zweimal, Dienstags und Freitags. — Abonnementspreis vierteljährlich 1 Mark. Einzelne Nummern 10 Pfg. — Inserate werden Montags und Donnerstags bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Nr. 8.

Dienstag, den 27. Januar

1885.

## Bekanntmachung.

Der zuletzt in Wilsdruff und Umgegend gesehene  
Dienstknecht **Friedrich Oswald Mager** aus **Alt-Franken**  
ist als Zeuge zu vernehmen.  
Diejenigen, denen der dermalige Aufenthaltsort Magers bekannt ist, ersuche ich, mir alsbaldige Mittheilung davon zugehen zu lassen.  
Dresden, den 23. Jan. 1885.

Der Untersuchungsrichter beim Kgl. Landgericht.  
Dr. Becker.

## Auktion.

Kommenden **Freitag** den 30. Januar d. J. Vormittags 10 Uhr gelangen im hiesigen K. Amtsgerichte folgende Gegenstände, als:  
1 Nähtisch, 1 Kommode, 1 Waschtisch, 1 Kleiderichrank, 1 Partie Frauen- und Kinderfilzschuhe u. d. m. gegen sofortige Baarzahlung zur  
Versteigerung.  
Wilsdruff, am 19. Januar 1885.

Matthes, Gerichtsvollzieher.

## Bekanntmachung.

Gleichzeitig mit dem bereits ausgeschriebenen

ist der

**I. Termin städtische Anlage**

sowie die

**I. Termin Grundsteuer nach 2 Pf. pro Steuereinheit**

**I. Hälfte des Jahresbetrags der Hundesteuer gegen Entnahme der Marken**  
in der Zeit vom 2. bis mit spätestens den 14. Februar ds. J. an die Stadtkämmerei abzuentsrichten.  
Wilsdruff, am 26. Januar 1885.

Der Stadtrath.

Sicker, Orgmstr.

## Tagegeschichte.

Der „Pol. Corr.“ geht der folgende interessante Bericht aus Berlin zu: „Nachdem der Kampf, den die demokratisch-ultramontane Majorität im Reichstage gegen den Fürsten Bismarck auf dem Gebiete der Kolonial- und auswärtigen Politik unternommen, mit der Niederlage der parlamentarischen Verbündeten und mit der Sprengung dieses Bündnisses geendigt hat, sind wir nunmehr in die Periode wirtschaftlich-sozial- und sozialpolitischen Kämpfe getreten, für welche von vorherein niemals zwischen Ultramontanen und Freisinnigen eine Einigung bestanden hat. Mit der Einbringung der Zolltarifnovelle hat sich die Gruppierung der Parteien vollständig verschoben; die prinzipielle Opposition wird hierbei allein von den „Freisinnigen“ und den Sozialdemokraten — zusammen etwa 38 Mann — vertreten, während alle übrigen Parteien, selbst die Mitglieder der süddeutschen Volkspartei, mehr oder weniger für die Prinzipien eintreten, welche der Zolltarifnovelle, wie auch den anderen wirtschafts-politischen Vorlagen, bezw. den im Reichstage selbst vorbereiteten steuerpolitischen Entwürfen zu Grunde liegen. Hiermit ist freilich noch nicht gesagt, daß diese Vorlagen unverändert und ohne Kämpfe durchgehen werden. Aber es muß konstatiert werden, daß mehr als 300 Mitglieder des Reichstages — fast vier Fünftel der Volksvertretung — im Prinzip auf dem Boden der Wirtschaftsreformpolitik der Regierung stehen. Wer das bedenkt, wird auch wissen, was er von dem Lärm zu halten hat, welchen die demokratisch-freisinnige Presse über die Einbringung der Zolltarifnovelle erhoben hat, und den sie mit immer stärkerer Stimme erhebt, wenn irgend eine ausländische Stimme sie dazu ermuntert. Es ist klar, daß Deutschland bei seinen sozialpolitischen Maßnahmen von keinerlei Feindseligkeit oder Uebelwollen gegen irgend ein fremdes Land, sondern nur von den zwingendsten Bedürfnissen des eigenen Landes geleitet wird. Insbesondere die Getreidezölle sind — da sie in den landwirtschaftlichen Verhältnissen Deutschlands tief begründet sind — so populär, daß an einen ernstlichen Widerstand dagegen im Reichstag gar nicht zu denken ist; Meinungsverschiedenheiten können höchstens bezüglich der zu beschließenden Höhe des Zolles bestehen, doch dürfte die Neigung überwiegen, über den von der Regierung vorgeschlagenen Zollfuß von 2 M. für den Doppelcentner Roggen noch hinauszugehen. Daß der bisherige Satz von 1 M. in Folge des Handelsvertrages mit Spanien sowohl für dieses Land, wie für Oesterreich-Ungarn und Frankreich (als den Ländern, mit denen wir in einem Weisbegünstigungsverhältnisse stehen), bestehen bleibt, so lange jener Vertrag besteht, ist selbstverständlich. Auch die nur in Vorschlag gebrachten Industriezölle finden eine große Zahl Anhänger im Reichstag, desgleichen die Holzölle, die vor 2 Jahren nur abgelehnt wurden, weil damals das Centrum und die Konservativen nicht über die Majorität verfügten; — das ist aber jetzt wohl der Fall. Auch darf vorausgesetzt werden, daß sich die Stellung der Nationalliberalen in allen diesen Fragen — speziell in der Getreidezollfrage — jetzt mehr wie früher der protektionistischen Richtung zuneigt. Unter diesen Umständen wird es den „Freisinnigen“ und ihrer Presse schwerlich gelingen, einen Sturm der Entrüstung im Volke heranzubekommen, der mit dem Adressensturm zu Gunsten des Reichskanzlers auch nur eine entfernte Ähnlichkeit haben könnte. Der Versuch soll freilich gemacht werden — aber er wird kläglich scheitern.“

Gegenüber dem gegen die neuen Anträge auf Aenderung der Gewerbeordnung erhobenen Vorwürfe, daß das Handwerk der Bureaucratie in die Hände geliefert werden solle, sagt die „Kreuzzeitung“: „In der Absicht der Antragsteller liegt das keineswegs. So lange das Handwerk aber vielfach noch so unsicher hin- u. her schwankt, so lange ein großer Theil desselben außerhalb der Innungsbewegung steht und den Trägern derselben keinerlei Zwangsmittel in die Hand gegeben sind, bleibt nichts anderes übrig, als den Behörden ein Maß von Befugnissen zuzugestehen, daß wir unter anderen Umständen lieber den Corporationen selbst übertragen würden.“

Die Abgg. Ackermann, Viehl, Geiger, v. Kleist-Resow, Dr. Freiherr v. Schorlemer-Nist, unterstützt von zahlreichen konservativen und liberalen Abgeordneten, haben ein Gesetz betr. die Aenderung der Gewerbeordnung vom 1. Juli 1883 beantragt, welches folgende drei Ziele verfolgt: Die Einführung des Befähigungsnachweises für die Unternehmer von handwerksmäßigen Betrieben, eine Verstärkung des indirekten Innungszwangs und das Verbot der Sonntagsarbeit.

Der dem Bundesrath zugegangene Nachtragsetat fordert für den Gouverneur-Kanzler und Sekretär in Kamerun 48,000 M., für den Kommissar-Sekretär in Togo 18,000 M., für den Kommissar-Sekretär in Angra-Bequena 18,000 M., sowie für Errichtung von Dienstgebäuden in Kamerun, Togo und Angra-Bequena 152,000 M.

Der Reichstag hat die erste Verathung des Postsparkassengesetzes vorgenommen und dasselbe schließlich zur Vorberathung an eine besondere Kommission verwiesen. Nach dem Eindruck, welchen man von den Verhandlungen erhält, dürfte die Vorlage in ihrer gegenwärtigen Gestalt bestimmt nicht, sondern höchstens mit wesentlichen Änderungen zur Annahme gelangen. Der Bedenken wurden von den verschiedensten Seiten so viele erhoben, daß die schließliche Ablehnung des Entwurfs nicht zu den Unmöglichkeiten zu gehören scheint. Drei Abgeordnete aus dem Königreich Sachsen, zwei Konservative und ein Sozialdemokrat, verhielten sich ebenfalls in den Hauptpunkten ablehnend und betonten insbesondere die Beeinträchtigung unserer so wohlthätig wirkenden kommunalen Sparkassen und mittelbar dadurch die Hebung unseres Realcredits.

Das neueste Petitionsverzeichnis des Reichstages enthält gegen 600 Nummern. Den größten Raum nehmen die 2-300 Petitionen zur Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle, Besserung der Lage der Landwirtschaft u. ein. Viele derselben sind verbunden mit einer Bitte um Reform der Tabaksteuer. Etwa 40 Petitionen richten sich gegen jede Erhöhung der Getreidezölle. Eine ganze Reihe von Petitionen beschäftigt sich mit der Börsensteuer, meist im Sinne einer weit stärkeren Heranziehung der Börsenumsätze zur Steuer. Andere Petitionen richten sich gegen Impfschwang und um Erlaß eines Gesetzes gegen die Trunksucht.

Unmittelbar nach dem Vorde, dem der Polizeirath Rumpff in Frankfurt zum Opfer fiel, tauchte das Gerücht auf, daß über die genannte Stadt der kleine Belagerungszustand alsbald verhängt werden würde. Wie der „B. V. C.“ nunmehr erfährt, steht diese Maßregel der Stadt Frankfurt a. M. wirklich bevor. Daß sie noch nicht verfügt worden ist, liegt daran, daß sie sich zugleich über das benachbarte Offenbach erstrecken soll und dieserhalb mit der benachbarten